

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Neugäßchen Dresden.  
Telegraph: Sammelnummer 25 241.  
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Austragung oder durch die Post  
bei täglich zweimaligem Verkauf monatlich 14.— M., vierfachlich 24.— M.—  
Die einzige 37 mm breite Zeile 5.— M. für Familienanzeige. Anzeigen unter  
Stellen- u. Wohnungsnamen, Uppergasse 18.— M. Vorzugspreise laut  
Tafel. Ausnahme: Aufräge gegen Voranschlag. Einzelpreis d. Vorabendblattes 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Ulrich & Reichardt in Dresden.  
Postleitzahl: 1068 Dresden.

## Die Entscheidung über die Orientfragen.

### Das Ergebnis der Beratungen der alliierten Außenminister.

Paris, 27. März. Die drei alliierten Außenminister beendeten gestern ihre Beratungen über die Orientfragen in einer späten Nachtsitzung. In offiziellen Bekanntmachungen wird erklärt, daß man nach einer umfassenden Prüfung der im nahen Orient durch die Vage geschaffenen Probleme zu Beschlüssen gelangte, die in Athen, Konstantinopel und Angora mitgeteilt würden. Diese Entscheidungen seien in einem Exposé niedergelegt, dessen Text erst heute mittag der Presse vollkommen übermittelt wird. Die Minister ließen jedoch vorher folgende Zusammenfassung mitteilen:

Die Verständigung über die Vorschläge, mit denen sich die Minister der beteiligten Staaten befassen werden, hätte ihre Grundlage in dem gemeinsamen Wunsche, den Frieden zwischen der Türkei und Griechenland wieder herzustellen, ohne allerdings einer der beteiligten Bedingungen aufzuzwingen, die ihnen als Niederlage oder Misserfolg erscheinen könnten.

Die Minister wünschten die türkische Nation und die türkische Macht unter Bedingungen wieder herzustellen, die den Türken gehielten, unter Beibehaltung ihrer Hauptstadt Konstantinopel wieder ein unabkömmliges nationales Dasein zu führen. Außerdem wünschten sie der griechischen Nation die Schadloshaltung für die Oster zu geben, die sie während des Krieges für die Sache der Alliierten auf sich genommen haben.

Damit zukünftig zwischen den beiden Römern gegenseitiges Vertrauen herrsche, hätten die drei Minister Sicherungsmaßnahmen für die Minoritäten der Muselmänner und der Griechen in Europa und Asien vorgesehen. In diesem Sinne wurde auch ein Waffenstillstandsvorschlag gemacht, in der Absicht, die friedliche Räumung Kleinasiens durchzuführen. Wenn diese Operationen durchgeführt werden, wird die türkische Nation in Anatolien vom Mittelmeer bis zum Schwarzen Meer, von den Grenzen Galliens und Persepolis bis zum Ägäischen Meer sichergestellt. In Europa werden Konstantinopel und ein breiter Streifen Thrakien unter der vollen Souveränität des Zulius verbleiben. Die Territorien und die Rechte der anderen Staaten bezüglich der östlichen Angelegenheiten würden entmilitarisiert.

Die alliierten Streitkräfte auf Gallien und alliierten Militärinspekteure würden über die Aufrechterhaltung

der Maßnahmen wachen. Eine internationale Kommission werde mit der Instandhaltung der Rechten betraut. Die alliierten Minister versprachen nicht, die Lage der Armenier zu prüfen, die so oft das Opfer von Konflikten waren, deren Schauspiel der Orient sei. Sie entschieden sich, dem Völkerbund die Sorge anzubauen. Mittel zu finden, die den von Armenien ausgeprochenen Wünschen Befriedigung geben könnten. Die alliierten Minister erkennen an, daß die finanzielle Unabhängigkeit der Türkei in weitestem Maße beachtet werden müsse. Unter dem Vorbehalt gewisser Schutzmaßnahmen für die wirtschaftlichen Interessen der Alliierten würde Letzte weitere Kontrolle der Türkei stattfinden.

Alle diese Vorschläge der alliierten Minister würden den in Frage kommenden Staaten übermittelt; die aufgefordert würden, innerhalb drei Wochen in eine noch nähere zu bestimmende Stadt Vertreter zu entsenden. (B. T. B.)

### Griechenlands Antwort auf den Waffenstillstands-

#### Bertrag.

Athen, 27. März. Die den Gesandten der alliierten Mächte übermittelte Antwort der griechischen Regierung auf den Waffenstillstandsvorschlag besteht aus zwei Noten, deren eine die grundlegende Annahme des Vorschlags enthält, während die andere die Ansichten der griechischen Regierung über die Normalisierung zum Ausdruck bringt, unter denen der Waffenstillstand abgeschlossen werden soll, wobei die hinsichtlich der militärischen Bedingungen gemachten Vorschläge eine Rolle spielen. (B. T. B.)

### Schanzers Reise nach London.

Paris, 27. März. Der italienische Außenminister Schanzer verließ Paris gestern abend auf der Meise nach London. Er wird am 28. März wieder in Paris zurückkehren. (B. T. B.)

London, 27. März. Der Pariser Berichterstatter der "Morning Post" schreibt: Der Beschluss des italienischen Außenministers, nach England zu reisen, um mit Louis George zusammenzutreffen, erregt in Parisen vollständigen Staatsangstes Aufsehen. Die Meise wird in Paris als Zeichen dafür angesehen, daß die Konferenz für den nahen Osten bezüglich der östlichen Angelegenheiten mit der Aenderung des Vertrages von Sevres zusammenhängt, nicht so gut verlaufen sei, als man hoffte.

**Minister a. D. Schiffer in Berlin.**

Berlin, 27. März. Der deutsche Bevölkerungsbericht für die deutsch-polnischen Verhandlungen. Minister a. D. Schiffer, ist aus Wien hier eingetroffen und hat sich bereits mit dem Reichskanzler und dem Minister des Auswärtigen in Verbindung gesetzt. Die Generalkonferenzen hatten, wie gemeldet, eine Bending dadurch erfahren, daß die Polen die Richtigkeit der Verhandlungskommission erklärt, eine Erklärung, die weit über die Kreise der Beteiligten in Wien hinaus reichlich und überreichlich gewirkt hat. Deutlicherweise wird die Vage als erachtet, aber nicht hoffnungsvoll vertrachtet. Präsident Gallander bemüht sich noch wie vor um eine gültige Eingang und deutscherweise sieht man, wie die B. T. B. erfährt, keine Verhandlung, weitere Schritte zu tun. Das bringt es auch die Reise des Ministers Schiffer deutlich zum Ausdruck. Sollten die Polen auf ihrer Erklärung beharren, so werde Gallander seinen Schiedsgerichtsausschuß fallen lassen. Eine neue Entscheidung würde aber auch die deutsche Regierung vor die Notwendigkeit stellen, neue Entschlüsse zu fassen.

Berliner Abreise sagte Reichsminister a. D. Schiffer dem Generalkonferenten von B. T. B. u. a.: „Ich verlasse Wien mit meinen Mitarbeitern, soweit sie nicht für die Mediation des Vertrages unentbehrlich sind, weil heute noch nicht abzusehen ist, wann Präsident Galander den Schiedsgerichtsausschuß wird und mit die letzten Verhandlungen in der schriftlichen Voraussetzung durch den polnischen Befehlshaber einmarschiert ist.“ Trotz der neuen östlichen Verhältnisse bleiben die östlichen Verbände Teile der deutschen Gewerkschaften. Wie alle haben oft mit Selbstüberwindung und ich darf wohl wiederholen, mit blutigem Herzen an den für Deutschland so schweren Aufgaben gearbeitet, vor die und die aufgeworfene Teilung Oberschlesiens gestellt hat. Heute wird wohl niemand bezweifeln, daß unsere Bevölkerung nicht unbegrenzt war, aber sie wird auch den Beweis erbringen, daß und Deutsche jedenfalls keine Schuld trifft, wenn für das ungünstliche Überwiegen, das den Generalkonferenten als Voraussetzung zur inneren Verhinderung schließlich erwartet, neue Entwicklungen und Folgen entstehen.

**Oberschlesiens Befürzung über Polens Vorstoß gegen Galander.**

Kattowitz, 26. März. Die polnische Meldung, wonach die polnische Abordnung die Zuständigkeit der Generalkonferenz und des Schiedsrichters in der Liquidationsfrage ablehnt, hat hier große Unruhe und zum Teil diese Befürzung hervorgerufen. Man sieht in den letzten Generalkonferenzen einen direkten Vorstoß der Polen gegen den Präsidenten Galander und damit einen Versuch, gerade die Persönlichkeit auszuschalten, die für die Bewohner des abgetrennten Gebiets, und zwar nicht nur für die deutsche östliche Bevölkerung eine Gewähr bietet für gerechte Übergangsbestimmungen und für ihre gerechte Anwendung. Nachdem man jetzt erfahren hat, daß in dem größten Teile der Streitfragen eine gütliche

Eingang erreicht war, empfindet man jetzt den plötzlichen Bruch in einer der wichtigsten Fragen um so peinlicher. Die Enttäuschung, daß an Stelle des Schiedsgerichtsausschusses man für diese Tage erwartete und dem man mit Vertrauen entgegenahm, eine neue Verhandlung eintrat, ist in allen Kreisen der Bevölkerung groß. Unter diesen Umständen findet der Entschluß des Reichsministers a. D. Schiffer, nach Deutschland zurückzukehren und lediglich das Mediationskomitee in Wien zurückzulassen, allgemeine Billigung. (B. T. B.)

### Die Polen in der Weichselniederung?

Berlin, 27. März. Einer hiesigen Nachrichtenquelle zufolge sollen die neuwährenden Polen ausgeschließen, daß an der Weichsel bereits seit Monaten von den Polen besetzt worden sein. Eine Bestätigung war bisher noch nicht zu erhalten.

### Eine östl. und westpreußische Protestkundgebung.

Berlin, 28. März. Der Reichsbund für Ost- und Westpreußen, der Bund heimatlicher Österreicher und der Bund heimatlicher Westpreußen veranstalteten im Lustgarten eine von vielen Tausenden beträchtliche Versammlung, in der gegen den neuen Schritt zur Abschaffung Oberschlesiens und gegen den Nach nun fünfdeutschen Töpfen auf dem linken Weichselufer in westpreußischen Gebieten protest erhoben wurde. (B. T. B.)

### Die Alliierten zur Reparationsnote.

Rotterdam, 27. März. Die "Times" meldet aus Washington: Die Interpellation des Senatoren Johnson und Borah über die neue Ententeone an Deutschland, die am Dienstag im Senatssaal zur Verhandlung gelangen sollte, ist nach eingehender Ausprüfung der Unterlagen mit Staatssekretär Hughes von der Tagessordnung abgesetzt worden. Ob sie überhaupt noch zur Erörterung im Senat gelangt, erscheint nach einer Aussicht im "World" zweifelhaft.

### Die erneute Reparationsnotiz.

New York, 27. März. Die Debatte über das Viermächteabkommen über den Stillen Ozean überholt alle anderen politischen Fragen, weshalb auch nur wenige Kommentare über die Note der Reparationskommission an Deutschland vorliegen. Die Stimmung ist vorherrschend gegen die Reparationskommission, deren Entschluß der "World" die erneute Reparationsnotiz nennt. "New York Times" und "Tribune" disziplinieren den Entschluß der Kommission in Paris nicht. Sie machen lediglich einige hämische Bemerkungen über Deutschland. (B. T. B.)

### Belgien lehnt die Verhandlungen über die Reparationsnote ab.

Rotterdam, 27. März. Der "Courant" meldet aus Brüssel: Die belgische Presse verneint allgemein, daß Verhandlungen möglich seien über die Note der Reparationskommission mit Deutschland bestehen. Der "Soit" schreibt, daß Belgien in den nochmaligen Zugeständnissen in Verhandlungen eine erste Gefördigung seiner Vertragsschulden und seines auf dem Eingang der deutschen Reparationszahlungen aufgestellten Staatshaushalts erzielte.

### Das deutsche Vermögen im Feindesland.

Für die zahlreichen deutschen Staatsangehörigen, die vor dem Kriege im Ausland gewohnt und dort Vermögen zurückgelassen haben, ebenso für diejenigen, die ihr Geld in der Kriegszeit in ausländischen Werten angelegt hatten, bildet das Schätzchen dieser Vermögensstücke seit Kriegsbeginn einen Gegenstand schwerer Sorge. Um die Grausamkeit zu verstehen, die darin liegt, daß feindlicherseits die Entscheidung über diesen Gegenstand immer von neuem hinausgezögert wird, muß man an diejenigen Vandale denken, die verarmt sind, und deren ganze Hoffnung auf jene Werte flammert, die ein Preis, aber auch kein Preis sind, und von denen man nicht weiß, ob man sie für preisgegeben oder für verbürgt halten soll. Es wäre dringend zu wünschen, daß diese Krise endlich einmal gefastet würde, in einem Sinne natürlich, daß unser Vaterland nicht mit neuen unerfüllbaren Verpflichtungen belastet wird, sondern daß der Verdienst der Leistung der Väter gereicht.

Eine Freigabe beschloßnahmen deutschen Vermögens ist bisher nur in China, Guatemala, Haiti (welches aber am Ausgleichsverfahren teilnimmt) und Son Domingo, sowie in Honduras erfolgt. Eine Anzahl von Ländern genehmigte auf Antrag weniger die Freigabe eines geringen Teils, nämlich England die Freigabe von Hansrat, Gebrauchsgegenständen und Bergwerken bis zum Wert von 100 Pfund, Italien löste Steuerentlastung bis zu 50 000 lire an die Bürger zurück, Griechenland Vermögen bis zu 75 000 Drachmen, Japan Eigentum bis zu 10 000 Yen, Siam Eigentum bis zu 100 Dual.

Schwer begreiflich ist die Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika, von denen die deutsche Leistung seit doch immer eine gewisse Unparteilichkeit voraussetzt. Ob hier die beschloßnahme deutliche Güte freikommt oder nicht, ist bis heute unentschieden. Es läge zweifellos im Interesse der Verbesserung der geschäftlichen Beziehungen beider Länder, wenn der Kongress sich endlich einmal zu einem Entschluß aufrütteln könnte.

Eine besondere Sorge bereitet die Südostasiatische Union vor. Sie will das beschloßnahe und liquidierte deutsche Eigentum in eine Anwartsanleihe umwandeln. Auch die Anteile von Gesellschaften, die ihren Sitz in Südafrika haben, dürfen unter die Anwartsanleihe fallen. Anteile südafrikanischer Unternehmen, die in England beheimatet sind, unterliegen dagegen der Liquidation durch England auch weiterhin. Am übrigen aber wird der Südostasiatische Verwalter des feindlichen Eigentums die ihm zustehenden Gelder nach Abzug von bestimmten Verwaltungsgebühren kapitalisieren und in eine vierprozentige Rente umwandeln. Den Besitztümern wird eine Befreiung (Exemption) über diese Anteile ausgeschafft. Er oder sein Erbe erhält das Kapital nach 30 Jahren zurückgezahlt; übertragen oder veräußern darf er die Befreiung erst fünf Jahre nach ihrer Ausstellung.

Die bezeichneten Länder sind die einzigen, die das deutsche Eigentum bis heute wenigstens teilweise zurückgegeben. Überall sonst gilt die Liquidation des deutschen Vermögens durch die feindliche Regierung. Der Erlös wird dem Deutschen Reich auf Grund des Versailler Friedens auf Reparationskontout geschrieben. Geschädigten verbleibt ein Entschädigungsprämie an das Deutsche Reich, dessen endgültige Höhe aber noch nicht geleglich geregelt ist. Es steht bei dieser Angelegenheit von neuem, wie schon oben die feindlichen Völker auf ihrem Schein bestehen. Die Befreiung des Privatgegenstands, die hier zum ersten Male in grossem Maßstabe vorgenommen ist, verdiente — und das wäre der Wille aller Völker — eine unmittelbare Befreiung. Wie soll Vertrauen in die zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen kommen, solange ein solches Beispiel dem möglichen Kaufmann Zurückhaltung an empfiehlt?

### Holländische Anerkennung deutscher Arbeitskraft.

Eigner Drahtbericht der "Dresden Nachrichten". Amsterdam, 27. März. In der Wochenzeitung des holländischen Bankgewerbes wird im Vierartikel die fortwährend schwieriger werdende Lage des deutschen Wirtschaftslebens besprochen. Der Artikelbeschreiber bemerkt: Obwohl die Deutschen seit 2½ Jahren unter den Fäden schwer gebaut gehen, trifft man in der Welt kein Volk mehr an, das sich in dieser Weise durch seine Energie und Arbeitskraft wieder emporzuarbeiten sucht. Unter einer entzündlichen Tenterie, hohen Steuern, ungünstiger Währung, dabei mit achtzig von einem armen Teile der Welt, nicht das Volk mit seinem jähren Ausbildungsvorwissen die Hoffnung auf bessere Tage aufrechtzuhalten. Ein solches Volk verdient Sympathie, Unterstützung und Bewunderung in seinem Kampf um die Existenz. Zug und Nach kommen die Maschinen kämpfen die schwerbeladenen Säuge, viele davon den ehemaligen Freunden zu — und das alles, um die Nation zu erhalten und zu retten. Neuerdings wird davon gesprochen, daß es Deutschland noch wie Österreich ergehen werde. Gott bewahre die Welt vor einer solchen Katastrophen. Man soll uns nicht deutschfreudlich nennen, sondern technisch, wenn wir jede Politik verurteilen, die den Untergang des deutschen Volkes mit Gewalt zu erzielen trachtet.

### Der Hansabund zur Reparationsnote.

Zu der Note der Reparationskommission führte das Präsidium des Hansa-Bundes folgende Entschließung: Der Hansa-Bund erwarte, daß der Reichstag sich den unerhörten Forderungen der Note nicht unterwirkt. Die Forderungen sind für die deutsche Wirtschaft und darüber hinaus für die gesamte Weltwirtschaft einfach unerträglich.

### Zur Frage der Kontrollkommissionen.

Paris, 28. März. Die Votschafterkonferenz nahm Kenntnis von der englischen Antwort über die Beibehaltung der militärischen und strategischen interalliierten Kontrollkommissionen in Deutschland. Nach britischer Ansicht müßten diese Kontrollkommissionen nach der Räumung der Rheinbrücke aufgehoben werden.